

Wilsdruffer Tageblatt

Senswrecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Streichen nicht mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag, Bezugspreis bei



Verkaufspreis 1.50 M. für die 6 gepaltene Korpusgröße über deren Raum, Restames, die 2 halbe Korpusgröße 5.50 M.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Bässig, für den Inzeratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 249.

Sonntag den 23. Oktober 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Grumbach.

Für die am 27. November 1921 stattfindende Gemeindevertreter-Wahl sind Wahlvorschläge gemäß § 11 und folgend des Ortsgesetzes über die Wahlen von Gemeindevertretern bis zum 5. November 1921 bei dem unterzeichneten Wahlkommissar einzureichen.

enthalten, als Gemeindevertreter zu wählen sind. Die Wähler-Listen liegen vom 23. Oktober bis 1. November 1921 während der Geschäftsstunden im Gemeindeamt zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Grumbach, am 22. Oktober 1921.

Der Wahlkommissar
Gemeindevorstand Schulze.

Kleine Zeitung für etliche Leser.

Das Reichskabinett hat den in Berlin eingetroffenen Wortlaut der Entscheidung über Oberschlesien beraten.

In Berlin fanden Verhandlungen über eine englisch-amerikanische Finanzhilfe für Deutschland unter Teilnahme des Barons v. Hottel, Chef des englischen Botschafts, statt.

Die Wiederherstellungskommission in Paris billigte das Wiesbadener Abkommen unter dem Vorbehalt, daß die einzelnen Entente-Regierungen ihm zustimmen, weil das Abkommen gewisse Abweichungen vom Versailler Friedensvertrag enthalte.

Der Abgeordnete Kemwerth brachte im englischen Unterhaus einen Antrag zur Revision der in Versailles Deutschland auferlegten Reparationspflicht ein.

Bei der gewaltsamen Umwälzung in Portugal wurden mehrere der bisherigen Mitglieder der Regierung ermordet.

Unser Teil.

Wie ein veräuernder Schlag hat die Kunde von der widerrechtlichen und gegen Vernunft und Menschlichkeit verstoßenden Zerstückung des deutschen Oberschlesien in zwei Länder unser Volk getroffen. Zwar waren alle die den politischen Boden kannten, auf dem der Urteilsspruch vorbereitet wurde, schon lange von hangen Besorgungen gequält, aber niemand wollte doch bis zum letzten Augenblick jede Hoffnung aufgeben, daß die erdrückende Menge von Gründen, die nicht etwa nur im deutschen Interesse, sondern vor allem im Hinblick auf die große gemeinsame Aufgabe des europäischen Wiederaufbaus gegen eine Losrennung einzelner wichtiger Teile des Abstammungsgebietes von Mutterlande sprachen, vielleicht doch noch gegenüber dem französisch-polnischen Augenblickswischen, Begehrlichkeiten und Vernichtungsspielen die Verhandlungen gewinnen könnten.

Die harte Notwendigkeit, die Deutschland zwingt, sich mit zusammengebissenen Zähnen auch in dies Unrecht zu schiden, fordert aber gleichzeitig gebieterisch, daß nun dem Klagen ein Ziel gesetzt wird und daß wir uns darauf besinnen, was die nächste Stunde von uns verlangt. Statt eines offenen Widerstandes gegen den Raub bleibt uns nur die Hoffnung auf die Zukunft, daß dieses Unrecht zu irgend einer besseren Zeit wieder gutgemacht wird. Daran denken werden wir, — davon weiter zu sprechen, wäre jetzt Torheit, wo es gilt, aus der Betäubung zu erwachen und zu handeln. Dem Polen fällt bei dieser Teilung ein Geschenk in den Schoß, mit dem er kaum umzugehen weiß. Er ist über seine Aufnahmefähigkeit bedacht worden. Bei ihm liegt die Zukunft des verlorenen Teiles Oberschlesiens nicht in guten Händen. Das hat auch die Entente eingesehen, die deshalb das uns entriffene Land nicht sofort ohne jede Einschränkung der Warschauer Regierung überließ. Auf eine lange Übergangszeit von 15 Jahren hinaus bleibt der augenblickliche Zustand im ganzen Industriegebiet trotz der sofortigen politischen Trennung in vieler Hinsicht unverändert erhalten. Deshalb wird uns und den Polen vorgeschrieben, ein Abkommen zur Durchführung dieses eigentümlichen Zwischenzustandes zu treffen, also zunächst direkte Verhandlungen darüber miteinander zu führen. Hier liegt der Ausgangspunkt aller weiteren Möglichkeiten. Der polnische Staat steht einfach einen Gewinn ein, unser Teil aber ist die Sorge um die Zukunft, ist die Aufgabe, den neugeschaffenen Zustand genau daraufhin zu prüfen, was aus der Katastrophe zu retten ist, und wie auf dem Wege der bevorstehenden Verhandlungen die Lebensfähigkeit unseres Oberschlesiens bewahrt und seine Existenzbedingungen gesichert und verbessert werden können. Unser Teil ist entschlossenes Handeln und Ausnutzung jedes Vorteils, der uns in diesem Unglück noch vielleicht erreichbar ist.

Von diesem Gesichtspunkt allein darf das weitere Verhalten der deutschen Regierung bestimmt sein, und aus ihm ergeben sich alle Folgerungen, die von der Volkvertretung und den Parteien in der augenblicklich herrschen-

den Krisis gezogen werden müssen. Die deutsche Reichsregierung hat zunächst nach dem Empfang der Briand'schen Note eine Sitzung abgehalten, in der der Außenminister über den Inhalt der Entscheidung berichtete. Eine zweite Sitzung war dazu bestimmt, die Gutachten der einzelnen Fachminister dazu zu hören, besonders natürlich des Wirtschaftsministers, des Verkehrs- und des Finanzministers. Dann ist das Kabinett in die Lage versetzt, eine einheitliche Stellungnahme zu gewinnen, die in einer Regierungserklärung ihren Ausdruck findet. Mit dieser Erklärung erscheint der Reichskanzler am Sonntag oder am Montag vor dem Reichstag und wird das Urteil der Volkvertreter darüber verlangen, ob die Haltung der Regierung dem Willen der Mehrheit entspricht. Welches diese Haltung sein wird, ist naturgemäß vom Verlauf der Kabinettsberatung abhängig. Man rechnete mit der Möglichkeit, daß das gesamte Kabinett auf Grund der Bereinigung Oberschlesiens vom Amte zurücktritt, weil die bisher von ihm verfolgte Politik der Erfüllung des Wilmanns auf der Voraussetzung beruhte, daß wir Oberschlesien behalten, nach dem jetzigen Entscheidungsspruch also als gescheitert und für die Zukunft unmöglich anzusehen wäre. Dieser einfache normale Weg scheint aber im Augenblick nicht ratsam zu sein. Wenn man ihn beschreiten wollte, müßte vorher die neue Regierung gesichert sein. Für eine solche haben aber die Parteien trotz tagelanger Sitzungen und Reden bis zum Abschluß noch keine Pflanz gefunden. Man würde also im Augenblick des Rücktritts erst weitere Verhandlungen zu führen haben, um eine neue Regierung zu bilden. Die schlimmen Erfahrungen aus den Tagen der letzten Kabinettsbildungen sprechen von diesem Verfahren ab. Vielleicht würde der Ausweg gewählt, daß die Regierung nach einem nur formellen Rücktritt die Geschäfte weiterführt, bis die Einigungsverhandlungen zwischen den Parteien die Neubildung des Kabinetts ermöglicht haben. Aber auch dann wäre die Regierung zum mindesten in ihrer Handlungsfreiheit eingeengt, und gerade das sollte jetzt vermieden werden. Gewiß hat der Gedanke manches für sich, daß das Ausland durch den Rücktritt desjenigen Kanzlers, dem es immer wieder sein Vertrauen bezeugte, eine deutsche Antwort auf den unerhörten Genfer Beschluß bekommt, aber wichtiger ist jetzt, daß den tatsächlichen Notwendigkeiten Rechnung getragen wird.

Vinnen acht Tagen müssen wir Bevollmächtigte ernennen, die mit den Polen die Verhandlungen über die Durchführung der wirtschaftlichen Übergangsmaßnahmen führen sollen. Da darf keine Zeit verströmt werden, um diese überaus wichtigen Konferenzen gründlich vorzubereiten, denn sie sind augenblicklich der einzige Weg, auf dem vielleicht noch eine Erleichterung unserer schweren Zwangslage erzielt werden kann. Es wäre daher im Augenblick auch nach der Ansicht zahlreicher Parlamentarier aus den verschiedensten Parteienlagern das zweckmäßigste, wenn das Kabinett Wirth vorläufig wenigstens im Amte bliebe. Das neue harte Diktat erkennt an, daß für uns wie für die Polen aus dem neuen Zustand Aufgaben von internationaler Tragweite erwachsen. Man sieht auch drüber ein, daß man ohne unsere freiwillige Mitarbeit nicht am Rande des Abgrundes vorüber kommt, in den die Zerstückung Oberschlesiens die europäische Wirtschaft zu stürzen droht. Wir selbst haben keine Ursache, die Fehler unserer Feinde gut zu machen, wohl aber haben wir das größte Interesse daran, den Ruin Oberschlesiens diesseits und jenseits der neuen Grenze zu verhindern. Wir treten auf diesem für uns so überaus schmerzlichen Wege in die internationale Politik zurück. Jetzt ist nicht Zeit, innere Streitigkeiten auszufechten, sondern zu erkennen, daß unser Teil, das uns nach dem Spruche von Genf verbleibt, nicht nur in bitteren Verlusten, sondern vor allem in großen neuen Aufgaben besteht, an die wir ungefümt auf der Grundlage innerer Einigung in zielbewusster Arbeit herangehen müssen.

Der Eindruck in Berlin.

Obwohl ein abschließendes Urteil über die Note noch von keiner amtlichen oder sonstigen politischen Seite bisher vorliegt, sei doch verzeichnet, was der Vorwärts über den Eindruck in Berlin berichtet. Das Blatt erklärt, in Berlin stehe man unter dem starken Eindruck, daß die Entscheidung noch ungünstiger ist, als das nach den ersten Veröffentlichungen zu erkennen war. Die Wirkung dieser Lausade auf die bürgerlichen Fraktionen, zumal auf die Demokraten und die Deutsche Volkspartei, sei unver-

tenbar. Die Stimmung gegen das Kabinett Wirth habe sich verstärkt. Es bestehe die Absicht, neue Verhandlungen mit der Entente anzubahnen. Auch aus führenden englischen Wirtschaftskreisen würden Stimmen gegen die obereschlesische Entscheidung laut, die sich mit dem deutschen Urteil über die wirtschaftlichen Folgen dieser neuen Gewalttat decken. Die englische Regierung aber schein fest auf der Entscheidung von Genf zu beharren. — Es sei betont, daß dieser Stimmungsbericht durchaus auf subjektiven Eindrücken beruht, jedoch weitgehende Folgerungen daraus noch nicht gezogen werden können.

Die neue Grenze.

Königsbütte und Kattowitz polnisch. Die nach den Genfer Beschlüssen festgesetzte Trennungslinie durch das Abstammungsgebiet verläuft von der alten Grenze bei Oberberg zunächst bis unweit Ratibor entlang der Oder. Dann biegt sie im rechten Winkel nach Nordosten, läuft im Bogen östlich um Weutchen herum, um wieder in nordwestlicher Richtung bis über die Malapanne zu ziehen. In weitem Bogen Lublinitz umkreisend schließt sie etwa in der Höhe von Tschenschan auf die alte



schlesisch-polnische Grenze. Durch diese Linie werden von wichtigeren größeren Städten Kattowitz, Weutchen, Ratibor, Königsbütte, Larnowitz und Lublinitz von Deutschland abgetrennt.

Nach Kreisen geordnet stellt sich der Verlust wie folgt dar: Deutschland verliert den südöstlichen Teil des Kreises Ratibor, den Kreis Kattowitz bis auf die Nordwestecke, den Kreis Weutchen, den Südostteil des Kreises Gleiwitz und fast zwei Drittel des Kreises Hindenburg, Stadt und Landkreis Kattowitz, Kreis Königsbütte, den Süd- und Ostteil des Landkreises Weutchen, während die Stadt selbst deutsch bleibt, sowie endlich die überwiegenden Teile der Kreise Larnowitz und Lublinitz einschließlich der Städte und der wichtigsten industriellen Anlagen.

Was uns verloren geht.

Die Zukunft der Kohlengruben gefährdet.

Die Grenzlinie, die nun das obereschlesische Kohlen- und Industriegebiet in zwei Teile zerlegt, ist bekanntlich auf Grund von Vorschlägen einiger Sachverständiger gezogen worden. In der Tat gewinnt man beim Nachprüfen der Wirkung dieser Trennung den Eindruck, daß diese Herren mit sehr großer Sachkenntnis vorgegangen sind, allerdings nicht etwa, um auf Grund ihrer Wissenschaft die Lebensnotwendigkeiten der zerstückten Provinz selbst zu wahren, sondern vielmehr, um eine Lösung zu finden, die das Deutsche Reich seiner wirtschaftlichen und industriellen Kraftquellen in weitgehendem Maße beraubt. Die Franzosen erblicken ja in dem Industriegebiet letzten Endes immer nur die „Waffenkammer“ Deutschlands für einen künftigen Revanchekrieg, den sie wohl mehr auf Grund ihres schlechten Gewissens

Vertical text on the left margin, partially cut off.